

Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU

Amtshilfe sicherstellen: Bundeswehr als starker Partner bei der Corona-Kontaktnachverfolgung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird dazu aufgefordert, den Bezirken die Antragsstellung auf Amtshilfe der Bundeswehr zur Eindämmung der Corona-Pandemie umgehend wieder zu ermöglichen und so eine schnelle und lückenlose Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter mit Hilfe der Bundeswehr zu gewährleisten.

Ideologische Vorbehalte gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten dürfen nicht den Schutz der Bürgerinnen und Bürger gefährden. Es bedarf vielmehr eines klaren Bekenntnisses zu unserer Bundeswehr, die in solch schwierigen Zeiten ihren Beitrag im Kampf gegen die Corona-Ausbreitung leistet.

Begründung

Die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Berlin ist rasant gestiegen, eine weitere exponentielle Steigerung der Fallzahlen ist zu befürchten. Die Situation bringt die Mitarbeiter in den bezirklichen Gesundheitsämtern an ihre Kapazitätsgrenzen und zum Teil darüber hinaus. Bereits jetzt können Vorgänge zum Teil nur grob geprüft werden, Quarantänebescheide gehen Betroffenen erst nach mehrtägiger Verzögerung zu und auch andere gesetzliche Aufgaben können aufgrund von bereits vorgenommenen Abordnungen von Mitarbeitern anderer Ämter nicht oder nur un-

zureichend wahrgenommen werden. Die enormen Kapazitätslücken können auch durch Hinzuziehung externen Personals, beispielsweise aus Zeitarbeitsfirmen, nicht geschlossen werden. Die bezirklichen Möglichkeiten sind ausgeschöpft.

In dieser angespannten Situation haben die Bezirke am vergangenen Freitag nun ein Schreiben der Senatsverwaltung für Gesundheit erhalten, aus dem hervorgeht, dass sie ab sofort nicht mehr selbst die Anträge auf Amtshilfe bei der Bundeswehr stellen dürfen. Die Senatsverwaltung für Gesundheit bremst so die bezirklichen Amtshilfeersuchen aus und gefährdet die Gewährleistung einer schnellen und lückenlosen Nachverfolgung durch die Gesundheitsämter. In Anbetracht der Tatsache, dass die Corona-Fallzahlen weiter steigen und die Nachverfolgung stetig schwieriger zu werden droht, ist diese Entscheidung der Senatsverwaltung nicht nachvollziehbar. Der Senat muss vielmehr dafür Sorge tragen, dass die Gesundheitsämter handlungsfähig bleiben und die Bezirke nach eigenem Ermessen entscheiden können, ob ein Antrag auf Amtshilfe der Bundeswehr zur Eindämmung der Corona-Pandemie nötig und sinnvoll ist.

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr haben sich seit Ausbruch der Corona-Pandemie in vorbildlicher Weise bei der Eindämmung des Virus engagiert und Menschenleben gerettet. Der Blick nach Brandenburg zeigt, dass dort mittlerweile bereits wieder 140 Soldaten entsprechend eingesetzt sind. In dieser vierten Welle in Berlin nicht auf dieses vorhandene Know-how und das verfügbare Personal der Bundeswehr zurückzugreifen, entbehrt jeglicher Vernunft. Der Senat darf jetzt nicht in ideologische Reflexe verfallen. Wir brauchen die Bundeswehr als starken Partner für den Gesundheitsschutz.

Berlin, 17. November 2021

Wegner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU